

burma nachrichten

Burmesische Militärjunta formiert sich neu

nettsmitglieder gehören nun einem sogenannten Advisory Board an, das nur sehr eingeschränkte Machtbefugnisse hat.

Ziel des SPDC ist nach offiziellen Angaben »die Schaffung einer disziplinierten Demokratie im Land und der Aufbau einer friedlichen, entwickelten Nation«. Was das konkret heißen wird, erklärten die Machthaber nicht. Bislang deutet alles darauf hin, daß der SPDC die Politik des SLORC fortführen wird. So kam es in den letzten Tagen zu Übergriffen von SPDC-Truppen auf Angehörige der National League for Democracy (NLD).

Kritiker bezeichneten die Regierungsumbildung daher als Propagandamaßnahme ohne Substanz, die allein dazu diene das Image der Junta im Ausland aufzupolieren. Tatsächlich bringt die Gründung des SPDC jedoch eine ganze Reihe von Veränderungen mit sich, auch wenn diese nach Meinung von Beobachtern einen politischen Wandel in absehbarer Zeit weder herbeiführen sollen noch werden. So ist es den vier mächtigsten Generälen gelungen, das Führungsgremium auf einen Schlag drastisch zu verjüngen — ein Maßnahme, die in mehrerlei Hinsicht der Festigung ihrer Macht dient. Unliebsame Mitglieder des SLORC, die sich im Laufe ihrer fast zehnjährigen Amtszeit erhebliche Freiräume geschaffen hatten und die Autorität der »Top Four« nicht mehr bedingungslos akzeptierten, wurden aus den Schaltstel-

len der Macht entfernt. Eventuellen Rachegefühlen der Geschafften — und den damit verbundenen Gefahren — beugte man durch die Schaffung des Advisory Boards vor. Die jüngeren »Nachrücker« — so nach Einschätzung von Experten das Kalkül von Than Shwe, Khin Nyunt, Maung Aye und Tin Oo — schauen aufgrund des Altersunterschiedes ehrfurchtsvoll und kritiklos zu den »großen alten Männern« auf und sind ihnen wegen ihrer unerwarteten Promotion zu Dank und Loyalität verpflichtet.

Die Auflösung des SLORC war auch ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die grassierende Korruption. Der Regierungsumbildung ging eine mehrmonatige Untersuchung von Korruptionsvorwürfen voraus; vier frühere Minister wurden inzwischen unter dem Verdacht der Bestechlichkeit verhaftet.

Dem Ausland — insbesondere den ASEAN-Staaten — demonstrierten die Generäle mit ihren Maßnahmen ihre lange eingeforderte Reformbereitschaft und ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Korruption und schufen so ein besseres Klima für potentielle Investoren. Daß der SPDC der ökonomischen Misere Burmas insgesamt entschiedener und kompetenter entgegenzutreten wird als der SLORC, ist übrigens eher unwahrscheinlich: Wirtschaftsfachleute sind auch im neuen Kabinett nicht vertreten.

Wie sich die Regierungsumbildung auf die zukünftige Entwicklung in Burma auswirken wird, läßt sich zum jetzigen

Zeitpunkt nicht sagen. Für ausländische Beobachter sind die meisten der neuen SPDC-Mitglieder Unbekannte, deren politische Haltung schwer einzuschätzen ist. Es ist jedoch zu erwarten, daß die Lage für Aung San Suu Kyis und die National League for Democracy (NLD) nun noch schwieriger werden wird: Die Reihen der Junta sind wieder fest geschlossen und die Chance, daß ein unzufriedener General auf Reformkurs geht oder auf eigene Faust das Gespräch mit der NLD sucht, ist dementsprechend gering.

Allerdings gibt es auch positive Zeichen: Thailändische Beobachter werteten die Tatsache, daß der Minister, der bisher für den Entwurf der neuen Verfassung zuständig war, ersetzt wurde, als Indiz dafür, daß die Junta nach mehr als fünfjähriger Verzögerungstaktik nun tatsächlich einen Verfassungsentwurf vorlegen will.

Auch die Dynamik innerhalb des SPDC könnte durchaus den politischen Wandel in Burma vorantreiben. Nach Meinung von Experten sind die neuen SPDC-Mitglieder nämlich weitaus weniger gehorsam und leicht manipulierbar als sich das die vier Generäle an der Spitze vielleicht wünschen. Than Shwe, Maung Aye, Khin Nyunt und Tin Oo werden sich in Zukunft also mit Pluralismus in den eigenen Reihen auseinandersetzen müssen — und können dabei vielleicht erste Erfahrung für den Umgang mit gesellschaftlichem Pluralismus sammeln.

Dagmar Puh, Burma Büro e.V.

Treffen von EU und ASEAN Experten wegen Burma fraglich?

Ein Treffen von Technik-ExpertInnen der EU und der ASEAN in der nächsten Woche in Bangkok wird eventuell aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die Teilnahme Burmas abgesagt, wie aus Kreisen der Europäischen Kommission und aus Thailand zu hören war. Ein Sprecher der Europäischen Kommission sagte, daß auch ein Briefwechsel zwischen der EU und der ASEAN das Problem bisher nicht aus der Welt schaffen konnte.

»Die beiden Seiten bleiben nach wie vor bei ihrer Position und der Termin des Treffens rückt näher«, so der Sprecher. Die ASEAN besteht darauf, daß zwischen ihren Mitgliedern keine Unterschiede gemacht werden. Die Forderung der EU, Burma auszuschließen, zeige, daß die EU das Treffen nicht stattfinden lassen wolle. »Der Standpunkt der ASEAN ist nicht-diskriminierend, folglich wird ASEAN kein Mitglied zu Hause lassen, wenn auch die

EU in einem Block kommt«, so Suraphong Jayanama, Sprecher des thailändischen Außenministeriums.

Die EU hatte signalisiert, daß sie gegen eine Teilnahme Burmas wegen seiner Menschenrechtslage und Repressionen gegenüber von Oppositionellen ist. Aus Protest hatte die EU sämtliche Kontakte auf Regierungsebene abgebrochen.

Die Philippinen unterstützen Burma und sein Recht, an der Sitzung in Bangkok teilzuneh-

men, und sagten, daß es an der EU sei, an dem Treffen teilzunehmen oder nicht. »Es liegt an ihnen ... unsere Entscheidung ist, das Treffen stattfinden zu lassen«, so der neue philippinische ASEAN Generalsekretär, Rodolfo Severino, gegenüber Reuters. ASEAN habe keine Nachricht von der EU erhalten, daß sie an dem Treffen in Bangkok nicht teilnehmen.

Zusammengefaßt von Michaela Müller nach KDP Nachrichten v.

13.11.97

Proteste gegen burmesische Junta

Eine Gruppe von ungefähr 20 burmesische DissidentInnen haben am 18. September, dem neunten Jahrestag der Militärregierung in ihrem Heimatland, protestiert und vor der burmesische Botschaft in Bangkok ein Banner mit den Namen der herrschenden Junta verbrannt. Währenddessen forderten in Jakarta pro-Demokratie AktivistInnen die thailändische Regierung auf, gegen die Verhaftung und Deportation von im Bangkok im Exil lebenden burmesischer AktivistInnen zu protestieren.

»Im Namen der Demokratie und der Humanität, lassen sie die Mitglieder der National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB) und die AktivistInnen frei und stoppen Sie ihre Deportation, die ihr Leben in Gefahr bringen würde.« Hieß es in einem Sta-

tement der Gruppe Pijar Indonesia, das an einen Mitarbeiter der Botschaft übergeben wurde.

Thailändische Beamte der Einwanderungsbehörde hatten am vorhergehenden Montag drei AktivistInnen der NCGUB mit der Begründung verhaftet, daß sie illegale Einwanderer seien. »Pijar beschuldigte die thailändische Regierung unter dem Premierminister Chavalit Yongchaiyudh der engen Zusammenarbeit mit SLORC. Es hieß, daß die Verhaftungen die Unterstützung der thailändischen Regierung für die Anschuldigungen des burmesischen Geheimdienstchefs Lt. Gen. Khin Nyunt im letzten Juli zeige, der behauptete die NCGUB plane eine terroristische Verschwörung gegen die regierende Junta. Nach Ansicht von Pijar ist Bangkoks Unter-

stützung von SLORCs anti-demokratischer Politik ein Rückschritt sei und daß die thailändische Regierung für die Sicherheit der NCGUB-AktivistInnen verantwortlich sei, wenn sie nach Burma deportiert würden.

Aufgrund der scharfen internationalen Proteste wurden die drei Minister der NCGUB, Teddy Buri, Minister für Asien-Pazifische Angelegenheiten, Gesundheitsminister San Aung und Justizminister Thien Oo Ende September noch innerhalb der thailändischen Grenze in Mae Sot freigelassen. Es wird erwartet, daß sie bald nach Bangkok zurückkehren können.

Dasselbe kann man jedoch nicht über die vielen Tausend BurmesInnen sagen, die in Thailand als illegale Flüchtlinge Zuflucht gesucht haben und



schwarz arbeiten. Die thailändischen Sicherheitskräfte haben ihre Bemühungen verstärkt, illegale burmesische ImmigrantInnen ausfindig zu machen, offensichtlich aus Angst, daß sie nach dem Zusammenbrechen der Bauindustrie, in der viele von ihnen tätig waren, in kriminelle Kreise abrutschen.

Zusammengefaßt von Michaela Müller nach KDP Nachrichten 19.9.97, TN 20.9.97, South China Morning Post 20.9.97

SLORC zwingt Kinder in die Armee

Burmesische Kinder bekommen mehr Ausbildung als sie wollen. Nach einigen Jahren in der Schule, werden sie dazu gezwungen, in die Armee einzutreten heißt es in einem im September veröffentlichten Bericht anlässlich des Internationalen Tag des Kindes. In »No Childhood at all«, einem 70-Seitigen Bericht, der von Images Asia veröffentlicht wurde, werden Interviews mit De-sateuren zitiert und ein detaillierter Bericht über die einzigartige Militärschule namens Ne Nyunt Youth (Tapfere Junge Blätter) gegeben.

Laut dem Bericht können burmesische Jungen im Alter von 14 Jahren unter diesem Programm in die Armee eingezogen werden. Sie erhalten auch politisches Training und müssen schließlich in der Armee Dienst leisten, entweder in Geheimdiensteinheiten oder in Sicherheitseinheiten für hochrangige Offiziere.

Der Burmesische Botschafter in Thailand, Hla Maung, bestätigte das Bestehen einer besonderen Hochschule dieses Namens, die etwa 200 Km nordöstlich von Rangoon liegt. Der Botschafter meinte gegen-

über der Bangkok Post, daß diese Schule vor einigen Jahren eingerichtet wurde, um Waisenkindern oder Jugendlichen vom Land eine kostenlose Ausbildung anzubieten, damit sie mit »guten Ambitionen« aufwachsen. Die Schule bietet Sport und Berufsausbildung, aber die Kinder »unterliegen militärischer Disziplin«, so der Botschafter. Nach dem Schulabschluß könnten sie tun, »was immer sie wollten«, u.a. der Armee beitreten oder zur Universität gehen.

Laut Images Asia hat die Schule Ableger in ganz Burma und richtet sich auch auf das Mittelstufen Niveau für jüngere Teenager.

Khaplang, ein ehemaliger Schüler der Naga Ethnie, der im nördlichen Chin Staat die Ye Nyunt Mittelschule besuchte, sagte aus, daß die meisten er 180 Schüler nach der achten Stufe zur Militärausbildung geschickt wurden. »Wenn die Offiziere die Kinder in den Dörfern rekrutieren, sagen sie, daß die Kinder in der Zukunft wählen könnten, was sie wollen. Aber in der Realität entscheidet die Schule über die Zukunft der

Kinder«, sagte er in einem Interview im Juni. Khaplang, der nach der sechsten Klasse floh, sagte, daß Schüler, die durch die Aufnahmeprüfungen für die örtliche Hochschule fallen, in die Armee geschickt werden. Auch denjenigen, die viel mit den Offizieren streiten, droht das gleiche Schicksal. Zwei Tage die Woche müssen die Kinder in der Schule Uniformen tragen und an den Samstagen Paradedrill üben.

Die genaue Zahl von Kindersoldaten in Burma ist unbekannt. Laut dem Bericht soll der rapide Anstieg der Armee von 170.000 im Jahr 1988, als SLORC an die Macht kam, auf 350.000 heute durch die Rekrutierung von Minderjährigen ermöglicht worden sein und der Plan, 475.000 im Jahr 2000 zu erreichen, ebenfalls damit zu rechnen.

Die Burmesische Regierung ist 1991 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes beigetreten und hat zwei Jahre später ein Kindergesetz verabschiedet. Das UN Komitee zur Wahrung der Rechte des Kindes hat jedoch bedenken geäußert über das Scheitern SLORCs, geeignete Follow-up-

Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation zu evaluieren und zu überwachen. Die Konvention verbietet Kindersoldaten, die jünger als 15 Jahre sind. Von den Mitgliedsstaaten wird erwartet, den älteren zwischen 15 und 18 Jahren den Vorrang zu geben.

Prof. schlug im Fall von Burma schlug vor, daß Thailand seinen Einfluß sowohl auf SLORC als auch auf die ethnischen Minderheiten, die immer noch gegen das Regime kämpfen, geltend machen sollte, um Kindersoldaten zu demobilisieren und um die notwendig Rehabilitation zu gewährleisten. Eine Wahrheitskommission sollte eingerichtet werden, um Todesfälle zu untersuchen. Der Images Asia Bericht forderte die burmesischen Autoritäten auf, in ihr Kinderrecht besondere Artikel aufzunehmen, die die Rekrutierung von Kindersoldaten verhindern oder wenigstens die Kindersoldaten, die jetzt in der Armee Dienst tun mit einem Altersnachweis zu registrieren.

Zusammengefaßt von Michaela Müller nach KDP Nachrichten 21.9.97, BP 20.9.97